

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد      بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم      از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 17.11.2018

Von Christian Bunke  
19.11.2018

## Unter Kontrolle Brüssels

*Großbritannien nach »Brexit«-Deal*



*Demonstration gegen den Austritt Großbritanniens aus der EU am 13. November in London*

Foto: Toby Melville/REUTERS

Die einzigen, die etwas Gutes über den zwischen Großbritannien und der Europäischen Union ausgehandelten »Brexit«-Deal zu sagen haben, sind die auf der Insel ansässigen multinationalen Großbanken und Konzerne sowie führende EU-Politiker. Am liebsten wäre ihnen ein »Brexit vom Brexit«, also ein Verbleib Großbritanniens in der EU. Bis

dahin tut es auch der auf ewig verlängerbare Verbleib des Vereinigten Königreiches im gemeinsamen Binnenmarkt – solange Brüssel die Bedingungen diktieren kann.

Theresa Mays Tory-Regierung steht nun vor einer Zerreißprobe. Eine parlamentarische Mehrheit für den Deal gibt es derzeit nicht. Es gibt Anzeichen, dass sich das EU-Verhandlungsteam dessen bewusst war. Im Vertragswerk finden sich Passagen, die festlegen, dass Großbritannien an einem neoliberalen Kurs festhalten muss, solange die Übergangsfrist nach dem formalen EU-Austritt am 29. März 2019 gilt. Das Ende dieser Übergangsfrist ist nur möglich, wenn auch die EU dem zustimmt. Unilaterale Entscheidungen Londons schließt das Dokument aus.

Diese Regeln haben zwei Stoßrichtungen. Zum einen soll garantiert werden, dass für die auf der Insel aktiven deutschen, französischen und sonstigen ausländischen Konzerne alles bleibt, wie es ist. Der Geschäftemacherei etwa mit privatisierten Eisenbahnen oder dem Gesundheitswesen darf nichts im Weg stehen. Gleichzeitig soll einer möglichen Linksverschiebung des Landes ein Riegel vorgeschoben werden.

Labour-Chef Jeremy Corbyn fordert Neuwahlen. Diese Forderung wird von zahlreichen Linken und Gewerkschaftern innerhalb und außerhalb der Partei geteilt. Bekäme Labour eine Mehrheit, würde dies eine Änderung der Verhandlungen mit der EU bedeuten. Bislang war die »Brexit«-Debatte ein Konflikt rivalisierender kapitalistischer Cliquen. Mit einer Corbyn-Regierung käme der Wunsch lohnabhängiger Menschen in Großbritannien nach einer radikalen Verbesserung ihrer sozialen Lage ins Spiel. Dann würden auch Forderungen nach der Verstaatlichung von Wasser und Eisenbahn sowie einem Ende privater Einflüsse im Dienstleistungsbereich Gewicht bekommen. Hier hat die EU entgegengesetzte Klasseninteressen, weshalb man schon an der Verhinderung einer Corbyn-Regierung arbeitet. Großkonzerne rühren die Werbetrommel für Mays Abkommen. »Ein Deal ist besser als keiner«, macht als Slogan die Runde. Europäische Politiker fordern ein neues EU-Referendum. Und eine unbekannte Zahl blairistischer, neoliberaler Labour-Abgeordneter denkt offen darüber nach, das »Brexit«-Abkommen doch noch im Parlament zu unterstützen oder eine nationale Einheitsregierung mit den Tories zu bilden, um Corbyn zu stoppen.

Ob es überhaupt zu Neuwahlen kommt, steht in den Sternen. Gäbe es eine Massenmobilisierung von Gewerkschaften und Labour für diese Forderung, stünden die Chancen dafür gut. Danach sieht es aber zur Zeit nicht aus.